Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 2

Artikel: Antisemitismus
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140440

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. Dibelius wurde von einer Mehrheit der Berlin-Brandenburgischen Provinzialsynode (24./29. Januar 1960) wiederum das Vertrauen ausgesprochen, trotzdem sein Brief an Dr. Lilje, den Bischof von Hannover, «ein unverhohlener Angriff auf den Kommunismus und Sozialismus im allgemeinen und die Deutsche Demokratische Republik im besonderen war». «Die christlichen Bürger der DDR wurden indirekt, aber unmißverständlich aufgefordert, mit gutem Gewissen die Gesetze und Verordnungen ihres Staates zu übertreten.»

Soll man sich wundern, wenn in der DDR ein Bischof Dibelius für die Kirche eine Belastung bedeutet? Es gibt glücklicherweise in der DDR Geistliche, die einsehen, «daß die Kirche in einer sich wandelnden Welt nicht an politischen und wirtschaftlichen Formen einer vergangenen Zeit starr festhalten darf» (Schweizerischer Evangelischer Pressedienst, 3. Februar 1960) und daß sie, um wirken zu können, bisher unbegangene Wege einschlagen muß. Der Pfarrer dürfte unter diesen neuen Bedingungen weniger als kirchlicher Beamter auftreten, sondern ohne viele Worte als brüderlicher Helfer des Bedrängten. Nach der Lektüre der theologischen Auseinandersetzung in- und ausländischer Synoden sehnt man sich nach einem solchen Christentum der Tat. *Red.*

Antisemitismus

Geht Deutschland einem neuen Faschismus entgegen? Wollte man auf die beruhigenden Erklärungen des Bundeskanzlers abstellen, so wäre im nördlichen Nachbarland alles in bester demokratischer Ordnung und die wieder auftauchenden Hakenkreuze und judenfeindlichen Slogans das Werk von Verleumdern des friedfertigen deutschen Volkes. Doch wer erinnerte sich nicht der unzähligen Friedensbeteuerungen des «Führers»? Das Mißtrauen bei den Opfern des Nazismus — den deutschen sowohl wie bei den von Deutschen überfallenen Völkern — ist jedenfalls von neuem geweckt. Die unehrliche Art, in der hinter dem Rücken des Volkes die deutsche Wiederaufrüstung in die Wege geleitet wurde, wie übrigens auch die Reaktion der Bonner Regierung auf die neuesten Tätlichkeiten, sind nicht dazu angetan, dieses Mißtrauen zu zerstreuen.

Wir sehen, daß Adenauer als Antwort auf die Proteste der Weltöffentlichkeit zu bagatellisieren versucht, was geschah. Er sprach von «Lümmeln» oder «Flegeln», denen für ihre Schmierereien eine Tracht Prügel verabfolgt werden sollte. Er verhöhnt damit zynisch alle jene, die Synagogenschändung und ähnliche Vergehen als das Symptom des tiefersitzenden Übels, des Nazismus, erkennen.

Heute, da demokratische Volksschichten — man denke etwa an die englische Labourpartei oder die Sozialisten des skandinavischen Nordens — einmütig die Entfernung der Stützen des alten und neuen

Faschismus aus Verwaltungs-, Justiz-, Militär-, Erziehungs- und Propaganda-Institutionen Deutschlands verlangen, ist es zu spät, nachzuholen, was im Westdeutschland der ersten Nachkriegsjahre nicht versäumt, sondern absichtlich unterlassen wurde, die *Demokratisierung der Wirtschaft* und die Auflösung der Kartelle, die übrigens von der westlichen Arbeiterschaft verlangt wurde. Anstatt zum Beispiel für eine *Nationalisierung des Bodens und der Bodenschätze* zu sorgen — eine Maßnahme, die den Wiederaufstieg der Reaktion verhindert hätte —, installierten die westlichen Besatzungsmächte die sogenannten Entnazifizierungsgerichte mit ihren unzähligen Fragebogen, die bald zum Gespött der Deutschen wurden. Was die politisch maßgebenden Kreise des Westens — Amerikaner und Engländer und Franzosen — als politischen Partner für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands wollten, war das gleiche Gremium, das einst Hitler in den Sattel geholfen hatte, die Stahlbarone der Ruhr, die Großindustriellen und Bankiers mit ihrem Anhang. So mußten die westlichen Besatzungsmächte, wie sich Basil Davidson ausdrückt (Look Back Again in Anger, UDC-Broschüre, 1959), notwendigerweise auch die Gangster akzeptieren, die seit 1933 zur westdeutschen Wirtschaft gehörten. Das Zurückströmen von Tausenden von braunen Machthabern in das Gefüge der Bonner Republik ist darum kein Zufall, es konnte nicht ausbleiben.

Warum haben die westlichen Reaktionäre dies alles getan? Weil sie (nach «Reynolds News» vom 3. Januar), «wie jene, die Hitler ermutigten, glaubten, ein wiederbewaffnetes, rechtsstehendes Deutschland könne zum europäischen Bollwerk gegen den Bolschewismus werden».

Wie viel oder wie wenig bedeutet auf diesem Hintergrund die Verurteilung von Nazi-Schandtaten, die Dr. Adenauer verkündet, und der Hinweis auf seine eigene antifaschistische Vergangenheit? Wo blieb im Westdeutschland der Nachkriegsjahre die Aufklärung über die Verbrechen der Nazizeit? Was weiß die junge Generation, die seit 1945 heranwuchs, vom Schicksal der deutschen Juden unter Hitler? Behörden, Schulen wie Kirchen sind einig in ihrer «conspiracy of silence». Man mag von manchen politischen Erscheinungen in der DDR halten, was man will, sicher ist, daß — wie ein Blick in die Geschichtslehrmittel zeigt — in Ostdeutschland Rassenverfolgung und andere Naziverbrechen schonungslos bloßgestellt wurden und werden.

Nun gilt bekanntlich alles, was in der DDR geschieht, für Westdeutschland als abschreckendes Beispiel. Daß der Kanzler, wie die Disziplinarverfahren gegen manche Intellektuelle beweisen, entschlossen ist, alle geistigen und kulturellen Kontakte mit der DDR zu unterbinden, läßt sich aus seiner autoritären Auffassung des Amtes verstehen. Er ist, wie aus seiner Römer Rede hervorgeht, von Gott beauftragt, «Deutschland zum Schutzwall gegen den drohenden Kommunismus zu machen». Daß auch die deutsche Sozialdemokratie, nach ihren

Erfahrungen mit der Diktatur, die Zusammenhänge von Antisemitismus, Zusammenballung politischer Macht und Aufrüstung nicht durchschaut und sich hauptsächlich auf den Kampf gegen die SED beschränkt, ist für jeden freiheitlich Gesinnten bedrückend. Auch noch so schöne Reden Ollenhauers im Bundestag täuschen nicht darüber hinweg, daß die Regierung des Kanzlers ihren Weg der Konsolidierung der Macht und der Regimentierung des deutschen Volkes unbeirrt fortsetzt. Wenn die Sozialisten jetzt nicht die Initiative ergreifen und mit der Billigung aller demokratischen Völker ihre Forderung auf energische Bekämpfung des Rassenwahns stellen, dürfte es angesichts der in Aussicht stehenden Einführung von Notstandsgesetzen auch dafür bald zu spät sein. *Red.*

Ein paar Zahlen als Ergänzung

Nach einer deutschen Zeitung, dem sozialistischen Freiburger Wochenblatt «Arbeit», hatten 25 Prozent der 519 Abgeordneten des deutschen Bundestages der Nazipartei oder einer ihrer Sektionen angehört. Daneben sind in diesem Deutschland des Kanzlers Adenauer eine große Zahl einstiger Nazi-Richter und Staatsanwälte noch in voller Tätigkeit. Man zählt ihrer 17 in den Bundes- und Länder-Ministerien, 23 in Gerichten oberster Instanz, 134 in Kassationsgerichten, 35 von ihnen sind Gerichtspräsidenten oder Senatspräsidenten. Es finden sich nicht weniger als 276 Ex-Nazi in den Obergerichten, wovon 147 als Präsidenten und Abteilungsdirektoren, weitere 257 in den Landesgerichten, mit 28 Vertretern als Präsidenten oder Direktoren, 54 schließlich in richterlichen Behörden verschiedenster Art mit 17 Präsidenten und Direktoren.

231 Ex-Nazi fungieren als Staatsanwälte und 86 sogar als Oberstaatsanwälte. Und da soll man einem Herrn Adenauer aufs Wort glauben, wenn er erklärt, Gott habe Deutschland als Schutzwall gegen den Kommunismus geschaffen. Man versteht jedoch, warum die Moralische Aufrüstung ihr Vertrauen auf den alten Kanzler setzt.

Wenn man sich vorstellt, daß so viele junge Männer ihr Leben hingegeben haben im Glauben, daß sie damit das Ihre täten, um den Nazismus für immer auszurotten . . .

(*La Sentinelle*, La Chaux-de-Fonds, 8. Februar 1960)

Versammlungsfreiheit in der Schweiz!

In Bern versammelten sich Mitglieder und Sympathisanten der «Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» unter freiem Himmel, um gegen die bevorstehenden Atombombenversuche